

## **„Aktuelle Kapitalismen. Sind Sie reformierbar? Droht der Clash?“<sup>1</sup>**

Mein Zugang zum Thema ist ein sozio-ökonomischer, ähnlich dem meines zu früh verstorbenen Freundes, Univ.-Prof. Prof. Egon Matzner, einem Schüler des schwedischen Professors Gunnar Myrdal.

Der Kapitalismus war ursprünglich ein europäisches Produkt. Seine Produktionsfaktoren: Aufklärung, arbeitsteilige Produktion, technische Erfindungen und koloniale Ausbeutung. Aufklärung im Sinne von Kant bedeutete den eigenverantwortlichen Einsatz der Vernunft. Die Herrschaftsachse Kirche-Feudalherr war damit in Frage gestellt. Sie konnte sich daher auch nur so lange halten, bis die technisch-materielle Entwicklung konstitutionelle Monarchien oder Republiken erzwang.

Die mittelalterliche Zunft- und Handelsstruktur erfuhr in Frankreich schon im 17. Jahrhundert unter Colbert eine staatlich beeinflusste Reorganisation durch Förderung der Manufakturen – also Arbeit am Fließband ohne mechanisch bewegtes Fließband – sowie Anwerbung erfahrener ausländischer Arbeitskräfte und Ausbau von Straßen und Kanälen.

Hier konnte der Dampfmaschinenkapitalismus anschließen. Er benötigte aber nicht nur Investitionskapital sondern auch Arbeitskräfte die mehr konnten als nur ein bestimmtes Produkt herzustellen. Der maria-theresianischen Volksschulpflicht folgte so logischerweise die Bürgerschule.

---

<sup>1</sup> Vortrag von Bundesminister a.D. Erwin Lanc im Rahmen der Wiener Vorlesungen am 7. Juni 2010 im Alten Rathaus, Wien.

Die Produktion eines zeitgemäßen Produktionsfaktors „Arbeit“ ist bis heute – ja mehr denn je zuvor – Voraussetzung für eine profitable Marktposition.

Mittlerweile haben Forscher und Erfinder wie Stephenson, Edison, Nikolaus August Otto, Siegfried Marcus, Gottlieb Daimler und Wilhelm Maybach Antriebsenergien, Beleuchtung und moderne Elektronik ebenso möglich gemacht, wie die Revolutionierung des Transportwesens durch Eisenbahnen, später Lastkraftwagen auf dem Landweg; oder – nach dem Durchbruch der Gebrüder Wright – auch in der Luft.

Für eine profitable Marktposition ist aber auch ein hoher Marktanteil, ein Quasi-Monopol notwendig. Nach Ankauf eines schon weit entwickelten billigen Produktionsverfahrens für Zitronensäure hat der österreichische Industrielle Karl Kahane auf dem europäischen und internationalen Markt für Zitronensäure eine preisbestimmende Stellung erreicht.

Der bilaterale Tauschhandel wurde schon im Altertum über große Distanzen abgewickelt – Seidenstrasse, Bernsteinstrasse. Das Zusammenspiel von Handelshäusern und beginnender interkontinentaler Seefahrt haben dieses System weiterentwickelt. Die merkantilistischen Wirtschaftsformen haben zu börsenorganisierten Märkten für Güter und Kapital geführt.

Börsen waren und sind das Herz des Kapitalismus – wenngleich es Vorläufer in den toskanischen Städten, in Brügge und Antwerpen gab.

Futures im Getreidehandel gab es in Antwerpen schon 1511. Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts wurde bereits über Börsengeschäfte und Spekulationen publiziert.

In den USA wurde nach Gründen für panikartige Reaktionen der Börsen im 19. Jahrhundert gesucht. Als Gründe wurden benannt:

- Der Geist der Extravaganz und der Durst nach Akquisition ohne Arbeit.
- Der Spieltrieb.
- Die Spekulation.
- Die Überproduktion.
- Wirtschaftliche Störfaktoren und Vertrauensverlust der Regierungspolitik.

Bereits legendär ist John Kenneth Galbrights Arbeit über den großen Crash 1929.

Es fällt auf, dass die politischen Umsetzer des Kapitalismus aus diesen Erfahrungen nur für kürzere Perioden wirtschaftspolitische Schlüsse gezogen haben. Beispiele dafür sind:

- Die Politik des „New Deal“ von F. D. Roosevelt
- Der Marshall-Plan zwecks Aufbaus des europäischen Marktes nach dem 2. Weltkrieg und Transformation der Kriegswirtschaft der USA in eine des Friedens. Schließlich war es eine Stärkung der Abwehrkraft Westeuropas gegenüber der zum Stalinismus verkommenen Sowjetunion.
- Der Versuch einer sozialen Marktwirtschaft á la Müller-Armack, Röpke und Ludwig Erhart, der aber nur in der von den USA abhängigen Aufbauperiode Westeuropas funktionieren konnte. Ihre wenigen Regulierungselemente hatten und haben im vollglobalisierten Kapitalismus keine Wirkungsmöglichkeit mehr.
- Die Planification, 1946 von Jean Monnet eingeführt als eine Art geplantem Kapitalismus im Nachkriegsfrankreich, von dem damals auch der volkswirtschaftliche Referent des ÖGB, Dr. Heinz Kienzl, angetan war. Dadurch wurden auch gute Voraussetzungen für die Montanunion, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, geschaffen.

Alle genannten Bändigungsversuche gegenüber dem Kapitalismus sind längst ausgelaufen, viele seiner Exponenten gestorben. Rührend, wie die ehemaligen CDU-Politiker Heiner Geissler und Norbert Blüm in deutschen Talkshows noch immer die soziale Komponente der Marktwirtschaft anmahnen.

Seit den 80er Jahren wurde eine Generation von Ökonomen und Betriebswirten zur absoluten Marktgläubigkeit erzogen. Nicht der Markt – wie bei Adam Smith – wird reguliert, sondern durch seine Metastasen an seiner Funktion gehindert.

Beim Börsenkrach 1929 wurde nicht interveniert, die folgende Weltwirtschaftskrise produzierte ihre politischen Derivate:

- Den nationalistischen Eroberungskapitalismus in Deutschland, Italien und Japan unter absolut autoritärer politischer Führung

Der Schwarze Montag 1987 – der Dow Jones-Index brach um 22,6 % ein – schockte im Hinblick auf 1929, erwies sich aber als schmerzhaftes Zurückführen überhöhter Aktienwerte der neuen Technologien und löste keine allgemeine Krise aus.

Die Asienkrise der „Tigerstaaten“ von 1987: Hauptursachen waren Leistungsbilanzdefizite, hohe Fremdwährungsverschuldung und zu rasche Finanzmarktliberalisierung.

Wenig später folgte die Rubelkrise des russischen Mafiakapitalismus, der den Menschen die letzten Ersparnisse raubte.

GATS und WTO treiben die Deregulierung munter weiter. Der Washington Consensus diktiert weiter die Welthandelsregulierungen, blockiert den Aufbau einer konkurrenzfähigen Wirtschaft in Entwicklungsländern.

Fazit: Die politischen Repräsentanten der heutigen Kapitalismen sind nicht lernfähig – und können es auch nicht sein. Auch als autoritäre Regime können sie sich andernfalls schwer halten; in demokratischen Staaten werden sie nicht oder nicht wieder gewählt. Nicht Blair macht Murdoch, sondern Murdoch Blair einschließlich Entsorgung. Die internationale Fernsehprogrammentwicklung führt zur Programmdominanz von Seifenopern, Glücksspielen und astrologischen Wahrsagungen, ergänzt durch politische Kritik an Nebensächlichkeiten. Die Pressefreiheit endet, wo Printmedien Inserenten verlieren, öffentlich-rechtliches Fernsehen zunehmend von quotenabhängigen Werbetarifen lebt.

Marktbeherrschende Monopole oder Oligopole haben sich in globaler Spannweite entwickelt, wie OPEC oder Bill Gates.

Die von Marx und Engels erhofften Totengräber des Kapitals, die Proletarier, haben aber durch politisch und gewerkschaftlich erzwungene Teilhabe an der Profitrate des Kapitals oder durch Scheitern staatskapitalistischer Funktionärsdiktaturen keine weltweit attraktive Alternative entwickelt.

Die erst posthum veröffentlichten Thesen von Marx über Feuerbach – Religionskritiker und weltanschaulicher Materialist – gipfelten darin, „dass die Philosophen diese Welt nur verschieden interpretiert haben; es kömt aber darauf an, sie zu verändern“.

Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien haben sich aber auf das Abfedern von Auswüchsen des Kapitalismus reduziert, haben zeitweise sogar „Reagonomics“ und „Thatherismus“ verinnerlicht, dementsprechend privatisiert und dereguliert. Strenger reguliert wurden hingegen nur die Sozialleistungen, wie Hartz IV, weil die einkommensstarken Schichten in Deutschland eine höhere Leistung für den Nachholbedarf Ost in Deutschland verweigert haben.

Konservative und Liberale sind mehrheitlich nach wie vor von der Funktionsfähigkeit des heutigen, global tätigen Kapitalismus überzeugt. Die Wunden, die er schlägt, sollen mit kleinen Kontrollpflastern geheilt werden.

Als Obama am 21. Jänner 2010 ankündigte die Banken an die Leine nehmen zu wollen, gab es bereits am 22. Kursstürze der Finanzaktien. Zur Minderung staatlicher Risiken hatte er auch vor die Größe der Banken zu beschränken, die obszönen Boni der Manager, die Verluste gemacht haben, zu reduzieren.

Nach seinem mühsamen Teilsieg in der Gesundheitsreform wirbt er nun in öffentlichen Versammlungen um Finanzmarktreforemen, die im Gegensatz zur Gesundheitsreform mehrheitliche Unterstützung der Bürger fänden.

Sein Paket ist trotzdem im Senat hängengeblieben, weil es diesmal 2 demokratischen Senatoren zu wenig radikal war.

Wo gehen im viel kleineren EU-Europa die 27 Regierungschefs noch in Volksversammlungen, um ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik zu erklären?

Welche sollten sie auch erklären, wenn es keine gemeinsame Steuer- und Finanzpolitik gibt, die den Euro-Stabilitätspakt stützt, die erst im Fall der Katastrophenbekämpfung mühsam und nur teilweise erarbeitet werden kann.

Am 10.5. 2010 haben die Finanzminister der EU ein Finanzpaket von 500 Milliarden Euro für von Insolvenz bedrohte Mitglieder und damit zur Verteidigung des Euro beschlossen; gegen Währungsspekulation 60 Milliarden Euro, gedeckt durch EU-Rücklagen, 440 Milliarden für notleidende Mitglieder, dazu nochmals 250 Milliarden aus dem Internationalen Währungsfonds; was der dort dominierenden USA zumindest Einblick gibt.

Dieses Paket wird zusätzlich zu den 110 Milliarden Euro der EU und des IMF für Griechenland bereitgestellt. Das ist etwa soviel, wie die USA unter Bush für ihre Banken bereitgestellt hat, ohne dass eine Spekulation gegen den Dollar stattgefunden hatte.

Die EZB (Europäische Zentralbank) hält zusätzlich eventuell notwendige Liquiditätshilfen bereit. Eine gemeinsame Aktion mit der Bank of Canada, der Bank of England, der US-Federal Reserve Bank und der Schweizer Nationalbank soll Spannungen auf dem Dollargeldmarkt reduzieren. Eine Reaktivierung für vorübergehende Beistellung von Mitteln für den Währungstausch in US-Dollar für europäische Banken wurde vereinbart.

Vergleicht man den österreichischen Anteil an der Griechenlandhilfe von 2,5 Milliarden Euro mit den über 4 Milliarden Kapitaleinschuss in die Kommunalkredit AG und vor allem durch die Totalübernahme der Hypo Alpe Adria der Herrn Dr. Haider, Kulterer und Co. von 900 Millionen Euro + X, ist das die Absicherung österreichischer Forderungen an Griechenland, die im Falle eines Staatsbankrotts größtenteils verloren wären, wert. Vom Partizipationskapital für Raiffeisen und die Erste Bank reden wir erst gar nicht.

Die vorsorglich bereitliegenden europäischen Mittel sind ihrem Wesen nach Haftungen, die vorerst nur im Deviseninterventionsbereich schlagend werden, wenn Spekulationen gegen Staatsanleihen in Euro laufen.

Im Übrigen: Der Einführungskurs Euro – US-Dollar war 1:1. Bei Dollar 1,50 für einen Euro, war der Euro um mehr als 20% überbewertet, wenn man nach Währungskaufkraft vergleicht.

Das selbstschädliche Gesäres in Europa ist daher überflüssig.

Allein die Exporthaftungen der Republik Österreich nach dem Ausfuhrförderungsförderungsgesetz betragen per 31.3.2010 28,33 Milliarden Euro. Für die ASFINAG haftet der Bund mit 8,65 Milliarden, für die ÖBB mit 9,12 Milliarden Euro.

Natürlich ist Haftung nicht gleich Haftung. Risiken können größer oder kleiner sein; mittelfristig, so hofft man im Falle der EU-Rettungsaktion, sicher längerfristig im Falle von ASFINAG und ÖBB, aber dafür mit positivem Infrastruktureffekt und Produktivitätsgewinn. Das wusste schon Schumpeter.

Das die gegenwärtigen Kapitalismen dominierende, vazierende Finanzkapital ist ein Krisenproduzent. Die Realwirtschaft unterliegt aber auch noch anderen Faktoren.

Europa, die USA, Japan - also die alten Kapitalisten - haben ihre eigenen Konkurrenten produziert: China, Indien, Russland und Brasilien sind die größten. Ihre politischen Führungen wurden vom kapitalistischen Weltwirtschaftssystem erfasst und versuchen es umgekehrt zu beeinflussen. Frau Clinton ist nach Obamas Sieg nicht deshalb zuerst nach China gefahren, weil sie Europa nicht mag, sondern weil China ungeheure Währungsreserven

in Staatsschuldverschreibungen der USA in Dollar hält, die nicht auf den Markt kommen dürfen. Andernfalls hätte Obama gar nicht erst mit seiner Reformpolitik beginnen können.

China ist so groß wie Europa bis zum Ural; Gebirge und Wüsten schränken den Siedlungsraum für seine 1,33 Milliarden Einwohner ein. China hat die längsten Landgrenzen aller Staaten dieser Erde. Die Han-Chinesen stellen über 90% der Bevölkerung. Die Minoritäten sind im Nordwesten zu Indien und den islamischen Nachbarn hin konzentriert. Die Küstenstädte haben sich rasant entwickelt. Shanghai schattet längst Hong Kong ab. Aber 800 Millionen Chinesen leben auf dem Land, 150 bis 200 Millionen sind Gastarbeiter im eigenen Land und nur etwa 300 Millionen haben den Aufstieg in die neue, kapitalistische Wirtschaft geschafft – und auch das zumeist zu sehr schlichten Löhnen.

Das BIP liegt bei rund 8000 Milliarden Dollar hinter der EU und den USA auf Platz 3.

Taiwan ist nicht nur nationales „Wiedervereinigungsanliegen“. Es ist auch für die Volksrepublik China eine latente Bedrohung der freien Schifffahrt zur, von bzw. entlang der chinesischen Küste. Dementsprechend konzentriert sich die chinesische Rüstung auch auf einen entsprechenden Flottenaufbau.

Bei den von Japan, Brunei, Indonesien, Malaysia und Südkorea bestrittenen Inseln geht es hingegen eher um die dortigen Erdölreserven.

Man unterhält 2,5 Millionen Soldaten, das ist pro Kopf der Bevölkerung weniger als in Österreich. Die Armeewaffen kommen überwiegend aus Russland und Israel. Die Atomwaffen wurden im Grenzgebiet von Tibet bzw. Sinkiang getestet, was neben der

taktischen Lage gegenüber Indien teilweise die chinesische Brutalität gegenüber den Tibetern erklärt, nicht rechtfertigt.

In China herrschen frühkapitalistische Verhältnisse neben modernster Technologie. Die KPCH und ihre Blockparteien haben Mühe die politische Kontrolle – vor allem gegen Verselbstständigungstendenzen der reichen Provinzen – zu behalten. Wie lange es gelingen wird die Spannung zwischen Arm und Reich zu erklären, weiß wohl niemand. Die geschichtliche Erfahrung des Zerfalls und der Kolonialisierung Chinas bestimmt nicht nur die Haltung der KPCH sondern ist sicherlich auch ihr Instrument, um die Duldung der Ungleichheit über eine längere Periode zu bewahren. Taoismus und Konfuzianismus sind auch nicht gerade Aufstandsreligionen. Falun Gong, eine Lehre von Wahrhaftigkeit, Barmherzigkeit und Nachsicht, geübt in individueller Meditation, könnte hingegen gefährlich werden.

Das indische Territorium misst nur in etwa ein Drittel von China, USA oder Brasilien. Bei 1,2 Milliarden Einwohnern ergibt das eine Bevölkerungsdichte von 350 Einwohnern/km<sup>2</sup>. Mumbai hat 20 Millionen Einwohner – aber nur 28% der Bevölkerung Indiens wohnt in Städten.

Gut ausgebildete Arbeitskräfte gehen nach den USA, Kanada und Großbritannien, Hilfsarbeiter nach Arabien, insgesamt 25 Millionen.

Ein Viertel der Bevölkerung ist unterernährt; 16,2% sind Unberühbare, 8,2% gehören unberühbaren Stämmen an. Man beginnt für sie Quoten im Bildungssystem einzurichten. 2001 lag nämlich die Alphabetisierungsrate erst bei 64,8%, mit großen Unterschieden zwischen den einzelnen Bundesstaaten.

80% sind Hindus, über 13% Sunniten – eher die ärmeren – und Schiiten, seinerzeit von den Moguln bevorzugt. Es gibt nicht nur Gewalt zwischen Hindus und Moslems, auch zwischen Schiiten und Sunniten, wie ich selbst in der Hauptstadt von Utar Pradesh, Lucknow, erleben konnte. Hinter religiösen Konflikten verbergen sich wie oft auch bei uns – soziale Ängste.

Indira Ghandi hat sich bei ihrem Treffen 1983 in Alpbach mit Altkanzler Kreisky bemüht, Europa ins Boot der indischen Wirtschaftsentwicklung zu holen. Die folgende Indienreise des Neukanzlers Dr. Sinowatz war ein Flop. Die damaligen Staaten der EG kamen erst gar nicht nach Alpbach.

Um China indirekt zu blocken und die eigene Atomindustrie zu bedienen, hat George W Bush einen Zusammenarbeitsvertrag und eine Liefererlaubnis für spaltbares Material bei der Atomenergiebehörde in Wien durchgesetzt, obwohl Indien nicht den Nichtweiterverbreitungsvertrag unterzeichnet hat und sich auch nicht von der Atombehörde kontrollieren lässt und daher völkerrechtlich illegal – wie Israel, Pakistan, China, vielleicht auch Nordkorea – Atombomben gebaut hat. Auch eine glaubhafte Erstschlagsverzichtserklärung ändert daran nichts. 2005 besaß Indien 74 Nuklearsprengköpfe. Die jüngste Überprüfungskonferenz des Atomsperrvertrages der UNO hat keine klaren Zeitvorgaben und Zusagen zum Abbau der Atomwaffenarsenale, gegen Entwicklung neuer Nuklearwaffen gebracht. Als Erfolg darf eine für 2012 vorgesehene UNO-Konferenz über eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten gesehen werden.

Das Berufsheer Indiens besteht aus 1,3 Millionen Soldaten mit starker Luftwaffe und – aus ähnlichen Gründen wie in China – einer stark entwickelten Flotte. Dazu kommen 1,1 Millionen paramilitärische Verbände, die den inneren Frieden zu wahren haben. Die jüngste Auseinandersetzung mit Maoisten im Bundesstaat Chatisgar im Nordosten Indiens zeigt die

sozialen Bruchstellen auf. Indien hat einen Stützpunkt in Tadschikistan, ein Landeabkommen mit Mozambique und den Luftschutz über Mauritius.

Der Außenhandel wird zu 90% über die 12 Seehäfen abgewickelt.

Das BIP liegt nur knapp bei der Hälfte Chinas. Erst wenn Indien sein Bildungssystem auf-, sein Kastensystem abbaut, wird es zu China aufschließen können. Beide Staaten sind wirtschaftlich und politisch stark mit den USA verflochten, die aus dem Debakel in Vietnam gelernt haben.

Der Stand der Rüstung lässt nicht vermuten, dass man in absehbarer Zeit übereinander herfallen will – und kann.

Die zwischen China, Indien, Japan und Südkorea bestehenden Spannungen soll man nicht bagatellisieren; sieht man von Nordkorea ab, scheinen die betroffenen Staatsführungen doch ihre Grenzen zu kennen. Selbst wenn das Öl im chinesischen Meer zur Gewaltanwendung verführen könnte, sind die Pazifikflotte der USA und die neue japanische zu stark.

Von der Bevölkerung her, nicht von der Landmasse, liegt Japan, 4,5-mal so groß wie Österreich, mit 130 Millionen Einwohnern bei einem Zehntel der großen asiatischen Brüder.

Die parlamentarische Monarchie wurde von den USA nach dem 2. Weltkrieg installiert und kontrolliert.

Japan betrieb eine Scheckdiplomatie, um mit den seinerzeit vergewaltigten Nachbarn Korea, China, ja fast ganz Südostasien, wieder ins Geschäft zu kommen. Heute hält man im Export

hinter China, Deutschland und den USA Platz 4. Im internationalen Währungsfonds und der Weltbank ist man ein treuer Partner der USA und ein Verfechter des „Washington Consensus“.

Der wirtschaftliche Aufstieg war neben eiserner Selbstdisziplin der Japaner auf das Rüstungsverbot zurückzuführen – ähnlich wie lange Zeit in Deutschland. Nach Hiroshima und Nagasaki war und ist die militärische Abstinenz auch politisch populär, die jetzige – von den USA zur Eigenentlastung gern gesehene Teilrüstung – im einst so kriegerisch-brutalen Japan umstritten.

Im BIP liegt man gleichauf mit Indien, das 10-mal mehr Einwohner hat.

Trotz Toyota-Rückholaktion ist Japan ein modernes Industrieland, hat das höchste pro-Kopf-Einkommen und einen Außenhandelsüberschuss. Ursprünglich als Kopierer des Westens verschrien haben sie es mittlerweile auf 10 Nobelpreisträger in Physik und Chemie gebracht. Der Einsatz militärischer Mittel zur Rohstoffsicherung ist so gut wie auszuschließen. Die japanische Version des Kapitalismus ist unter den großen asiatischen Wirtschaftsmächten wohl die für ihre Bewohner erträglichste bzw. ertragreichste; sie haben das höchste Durchschnittsalter, stagnieren aber ähnlich der EU.

Die relativ hohe Staatsverschuldung ist Ausdruck eines staatlich geförderten Exportfinanzierungssystems.

Ein zu Zeiten der Sowjetunion überschätzter, heute oft unterschätzter Faktor ist die Russische Föderation mit neuerdings auch in der Ukraine gefestigtem Einfluss auf ehemals zugehörige Nachbarn im Kaukasus und in Zentralasien. Nur die territoriale Erbteilung der Sowjetunion ist

einigermaßen gelungen. Die Krim, Tschetschenien, Abchasien, Ossetien, Berg-Karabach oder Transnistrien bezeugen, wie viele offene Probleme es noch gibt.

Die russische Schwarzmeerflotte abzusichern war erstes Anliegen Russlands an den neugewählten ukrainischen Präsidenten Janukowytsh.

Die klare Weigerung das mittlerweile abgeschlossene START-Abkommen zu verlängern, solange die USA nicht ihren Plan, Raketenstellungen in Südpolen und den Radarschirm bei Prag aufgeben, zeigt die sicherheitspolitische Sensibilität Russlands. Die Pflege des Sieges im großen, vaterländischen Krieg ist nicht so sehr kommunistische Denkmalpflege sondern Wiederherstellung des Selbstverständnisses der Russen als Basis für die Akzeptanz des Staates. Dabei hilft auch die orthodoxe Kirche eigennützig.

Mit über 17 Millionen km<sup>2</sup>, davon fast 4 Millionen in Europa, aber 13 Millionen in Asien, ist Russland der flächengrößte Staat der Erde mit fast allen Bodenschätzen. Von seinen 142 Millionen Einwohnern leben 104 in Europa bis zum Ural, nur 38 Millionen in Asien.

2008 war das BIP nach Dollarkaufkraftparität 2261 Milliarden US-Dollar, knapp hinter Deutschland, vor Großbritannien und Frankreich, aber mit einer deutlich höheren Zuwachsrate. 80% der Einwohner betrachten sich als Russen, darunter viele Rückwanderer aus den nun selbstständigen früheren Sowjetrepubliken.

Die Medien stehen entweder unter direktem staatlichen Einfluss oder indirekt über staatstreue Unternehmer. Die kritische Presse ist praktisch auf Moskau beschränkt und hat es administrativ und wirtschaftlich schwer zu überleben.

Auch nach der jüngst mit den USA beschlossenen Reduktion der Atomsprengeköpfe bleibt Russland klare Nummer 2. Bei allgemeiner Wehrpflicht haben Russen 12 Monate zu dienen – bis vor kurzem waren es 2 Jahre. Seit Amtsantritt Putins sind die Streitkräfte modernisiert und besser ausgerüstet worden. Die Rüstungsindustrie boomt und exportiert auch zunehmend.

Nach der Implosion der Sowjetunion waren die Streitkräfte stark reduziert worden. Die technischen Einheiten, Luftwaffe, Marine und Atomstreitkräfte überwiegen heute. Anzeichen auf Aufbau einer Landstreitmacht als Basis für eine gewaltsame Territorialerweiterung gibt es nicht. Für die militärische Intervention in Südossetien hat man eine Eliteeinheit aus St. Petersburg eingeflogen.

Brasilien steht – bei allen aus der Kolonialherrschaft entwickelten Unterschieden - für einen erwachenden Subkontinent Lateinamerika. Territorial gleich groß wie die USA zählt es bereits 192 Millionen Einwohner – fast 2/3 der Einwohnerzahl der USA. Besiedlungsschwerpunkt ist die Küste.

Die Hälfte der Bevölkerung versteht sich selbst als weiß, 43,2% als Mischlinge – vorwiegend mit den Nachfahren afrikanischer Sklaven, 6,3 % sind schwarz und 8,7% - hauptsächlich im Norden – Indios.  $\frac{3}{4}$  sind katholisch.

Die Lebenserwartung hat europäische Werte erreicht.

Das Bruttoinlandsprodukt in Dollarkaufkraft beträgt per capita 10 326 US-Dollar, das ist Weltrang Nummer 9. Der Handel mit den USA und Ländern in Übersee überwiegt den mit den Nachbarn – ausgenommen Argentinien und Uruguay.

Die Geißel Brasiliens ist die hohe Kriminalitätsrate, die sich aus der Subkultur der Favellas nährt, die ihrerseits die sozial Ausgegrenzten repräsentieren.

Die Reduktion der Regenwaldflächen zu Lasten von Umwelt und Indios konnte unter Präsident Lula da Silva nur geringfügig eingeschränkt werden.

Brasilien zählt zu den G23, das sind die großen blockfreien Staaten, die 65 % der Weltbevölkerung, 72% der Bauern aber nur 22% der Weltagrarpromuktion repräsentieren.

In der Doha-Runde der WTO fordern die Entwicklungsländer von den Industriestaaten den Abbau von Importquoten und Zöllen für Agrarprodukte der Entwicklungsländer sowie eine Reduzierung der Subventionen an die Landwirtschaft in den Industrieländern. Seit fast einem Jahrzehnt geht nichts weiter, zumal auch Indien und China die Konkurrenz von Agrarprodukten für ihre kleinen Landwirte fürchten.

Brasilien ist in der 2008 gegründeten Union lateinamerikanischer Staaten engagiert. Dort will man erstmals dem Hauptthema eines stärkeren lateinamerikanischen Binnenhandels an den Leib rücken: Es gibt nämlich keine leistungsfähigen Verkehrsadern zwischen der Atlantik- und der Pazifikküste. MERCOSUR und Andenpakt haben bisher eher enttäuscht.

Brasilien gibt 1,5% seines BIP für das Militär aus, das entspricht etwa der deutschen Quote. Die Ausdehnung verlangt eher eine moderne Luftwaffe und Marine als Landstreitkräfte. Das Atomwaffenprojekt wurde sistiert. Eine eigene Flugzeugindustrie entwickelt sich gut. In der Entwicklung umweltfreundlicher Autos ist Brasilien führend.

Bis auf weiteres bleiben die USA militärische Hegemonialmacht. Die Ausprägungen eines technologisch modernen, aber rückständigen Frühkapitalismus in den zu gleichwertigen Wirtschaftsgrößen herangewachsenen Schwellenländern haben dort bisher nicht zu einer besorgniserregenden Aufrüstung des Militärs geführt. Trotz Ende des Kalten Krieges sind die Militärausgaben von 1999 bis 2008 weltweit von 847 Milliarden um 72% auf 1464 Milliarden US-Dollar gestiegen.

Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Zuordnung von Militärausgaben von SIPRI, dem Stockholm International Peace Research Institute, eher formal ausgelegt wird und Zusatzdotierungen außerhalb des Militäretats – wie etwa in den USA aber sicher auch in anderen großen Staaten – sicher nicht berücksichtigt sind. Andererseits sind Kaufkraftverluste der Meßeinheit innerhalb von 10 Jahren zu berücksichtigen.

Der fälschlich unter dem Titel „Kampf gegen den Terror“ von der George W Bush Administration begonnene Irak-Krieg beweist, dass akute Kriegsgefahr zuletzt nicht von den neuen kapitalistischen Ländern ausgegangen ist.

Präsident Obama will nicht mehr eine „Koalition der Willigen“ sondern die Rückkehr der Außenpolitik der USA zur multilateralen Problembehandlung im Rahmen der Vereinten Nationen. Der viel schwieriger im eigenen Land vertretbare Rückzug aus Afghanistan wird ihm nicht erspart bleiben. Der ursprünglich wahre Interventionsgrund, zentralasiatisches Gas durch Afghanistan in die Industriezentren von Pakistan und Nordindien zu bringen, ist in absehbarer Zeit ohnehin nicht zu verwirklichen, da man die Kräfte, die man ursprünglich gegen die Sowjetunion unterstützte, nicht mehr los wird. Es geht also um die Vorbereitung eines möglichst ehrenhaften Abzuges bei gleichzeitiger Stabilisierung der Nachbarn – kein leichtes Unterfangen.

Zusätzlich wartet auch die Obama-Administration auf eine Lösung des Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern. Er dient nämlich den gewaltbereiten Islamisten als Vorwand für ihre Anschläge. Sie brauchen Bin Laden längst nicht mehr. Jeder gelöste, auch innere Konflikt in den arabischen Staaten, in Zentralasien, entzieht ihnen den Boden. Da die herkömmliche Berufsdiplomatie der USA in Israel nichts ausgerichtet hat, hat Obama jetzt seinen in Israel geborenen „Chief of Staff“ entsendet.

Um die Interventionen der EU „Out of Area“ zur Rohstoffsicherung ist es still geworden. Es gäbe dafür sicher auch nicht die notwendige Einstimmigkeit.

Dennoch, es liegt noch so viel auf den diversen internationalen Verhandlungstischen. Die Finanzkrise zeigt auf, dass partielle Lösungen für das weltweite Funktionieren der Wirtschaft noch lange keine Garantie bieten. Was tut Not?

1. Stabile Währungsverhältnisse erleichtern den globalen Austausch von Waren und Dienstleistungen. Die heutigen Welthandelswährungen müssten sich auf stabile Wechselkurse mit geringer Schwankungsbreite einigen, wie das bis zur Finanzierung des Vietnam-Krieges durch die Dollar-Abwertung funktioniert hat. Das gibt Wirtschaft und Investoren Sicherheit, verhindert umfängliche Währungsspekulationen. Dollar, Euro und Yen müssen der Ausgangspunkt sein.
2. Termingeschäfte in anderen Währungen müssten als Waren- oder als Dienstleistungszahlungen nachgewiesen werden.
3. Das in Hedgefonds investierte Kapital wäre – mit Übergangsfrist – in auf realen Werten basierende Veranlagungsformen überzuführen.
4. Mit Übergangsfrist wären Steueroasen von ihren Wirtsländern zu schließen.

5. Wirtschaftsprüfer (siehe ENRON) und Ratingagenturen bedürfen einer permanenten Kontrolle durch die Kapitalbehörden ihres Sitzlandes – falls dieses unmittelbarer Kapitalmarktteilnehmer ist – durch einen demokratisierten IMF. In den USA sind Banker geklagt, weil sie durch eigene Wertpapierverkäufe deren Kurse gesenkt und gleichzeitig auf diese sinkenden Kurse gehedgt haben. Die EU hat keine vergleichbare Aufdeckungsbehörde.
6. Durch verbindliche Softwareprogrammierung aller Börsen sind kurzfristige Kapitaltransfers einer Besteuerung zu unterziehen, deren Höhe extrem kurzfristige Order unrentabel macht.
7. Für die Völkerwanderung von Arm nach Reich ist unter Mitwirkung der internationalen Gewerkschaftsverbände für Mindeststandards der Arbeitnehmer in ihrer Heimat zu sorgen. Das mindert auch die Sogwirkung auf Arbeitsplätze in Hochlohnländern.
8. Die WTO darf sich nicht auf Landwirtschafts-, Handels- und Zollpolitik beschränken. Absoluter Freihandel funktioniert nur unter wirtschaftlich absolut Gleichen. Die Industrienationen haben, den wirtschaftlichen Standard der Entwicklungsländer entsprechend, ihnen beim Aufbau der eigenen Wirtschaft zu helfen, sie nicht mit Importgütern zu überschwemmen.
9. Für den Aufbau der Wirtschaft, vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern, sind von den Industrienationen finanzielle Mittel und Know-How mit Schwerpunkt Infrastruktur und Bildung beizustellen. Mittel brächte eine Steuer auf kurzfristige, spekulative Finanzkapitaltransfers.
10. Alle staatlich gestützten materiellen Investitionen sind auch auf Umweltverträglichkeit bzw.- auf Ersatz durch umweltschonende Technologien zu prüfen.

Und wie soll dieser sicher erweiterungsbedürftige Forderungskatalog umgesetzt werden?

Die Stellvertreterkriege um Rohstoffe, vor allem in Afrika, sind zu beenden, denn ohne Friedenssicherung gibt es kein Vertrauen als Basis für globale Prosperität.

Die Industrienationen haben sich von G6 bis G20 entwickelt. Parallel dazu haben sich Entwicklungsländer zu den G23 formiert. Die für die wirtschaftliche Entwicklung zuständigen UN-Organen haben sich nicht entwickelt, daher muss schleunigst Abhilfe geschaffen werden, um die Probleme der heutigen Kapitalismen und damit diese selbst aufzulösen und in eine globale, ökonomisch, ökologisch und sozial ausgewogene, demokratische Weltgesellschaft zu überführen.

Sind die Vorschläge zur Global Governance vom UN-Jubiläum 1995 vergessen? Es liegt an uns, die geistige Provinzialisierung durch Ansprechen der wirklichen Probleme und ihrer Lösungen zu stoppen.

Es gibt Ansätze.

EU-Kommissar BARNIER will neben der Banken- und Versicherungskontrolle die Ratingagenturen durch ESMA, die „European Securities and Markets Authority“ kontrollieren – Bleibt offen, unter welchem Rechtstitel sich solche Agenturen mit Sitz außerhalb Europas kontrollieren lassen, bevor sie ihre Be- oder Verurteilungen absondern.

Das brauchen wir nicht, meint der französische Zentralbankchef. Die großen Exportversicherer wie Euler-Hermes oder Coface verstehen viel mehr davon – aber sie wären doch Partei.

Für das 440 Mrd. Euro-Beistandspaket haben die EU-Finanzminister eben eine Finanzierungsgesellschaft gegründet.

Globale Wirtschaftsprobleme sind aber nur global, bei den Vereinten Nationen zu lösen. Global Governance – von zahllosen Expertenkomitees im UN-Jubiläum gefordert – ist gefragt.

Dafür böte sich ein vitalisierter Wirtschafts- und Sozialrat – ECOSOC an. Er hat Expertise, arbeitet mit 2719 NGO-s zusammen, hat aber keine Macht. Die könnte der Sicherheitsrat abtreten – wenn er bzw. die Vetomächte es wollen.

Der globale Crash, ein Krieg zwischen den Großmächten, ist derzeit nicht auszumachen.

Schwere soziale Auseinandersetzungen in den gesellschaftspolitisch frühkapitalistischen, ehemaligen Schwellenländern sind zu erwarten; ebenso soziale Polarisierungen in den alten, kapitalistischen Demokratien. Also ein clash durchaus.